

---

FDP Main-Kinzig

## **„BILDUNG BRAUCHT LÖSUNGEN – KEINEN IDEOLOGISCHEN SCHLAGABTAUSCH“**

06.02.2026

---

Mit Verwunderung nimmt die FDP Main-Kinzig die Pressemeldung der SPD zur Heinrich-Böll-Schule in Bruchköbel zur Kenntnis. „Was wir derzeit erleben, ist ein politischer Konflikt auf dem Rücken der Familien. Öffentliche Verunsicherung und gegenseitige Schuldzuweisungen helfen niemandem – am wenigsten den Kindern“, erklärt Katja Lauterbach, Spitzenkandidatin der FDP Main-Kinzig und Fraktionsvorsitzende der FDP Bruchköbel.

Dass ein zentrales bildungspolitisches Thema zum öffentlichen Streit zwischen SPD und CDU auf Kreisebene wird, ist aus Sicht der Freien Demokraten weder verantwortungsvoll noch im Interesse der Schülerinnen und Schüler sowie ihrer Eltern.

Die FDP Main-Kinzig setzt sich seit Langem für echte Wahlfreiheit in der Bildungslandschaft ein. „Wenn viele Eltern eine andere Schulstruktur wünschen, darf Politik nicht mit ideologischen Scheuklappen reagieren. Bildungspolitik muss sich an den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler orientieren – nicht an Konzepten aus vergangenen Jahrzehnten“, so Daniel Protzmann, Spitzenkandidat der FDP Main-Kinzig. Perspektivisch gehört dazu für Bruchköbel auch ein eigenständiges Gymnasium. Kurz- und mittelfristig müsse jedoch zumindest der vielfach geäußerte Elternwunsch ernst genommen und die Umwandlung der Heinrich-Böll-Schule in eine dreigliedrige kooperative Gesamtschule umgesetzt werden.

Die Freien Demokraten kritisieren insbesondere, dass die SPD an bestehenden Konzepten festhalte, statt offen über moderne und flexible Schulmodelle zu diskutieren. Eine kooperative Gesamtschule könne leistungsdifferenziertes Lernen ermöglichen, Übergänge offenhalten und unterschiedlichen Begabungen besser gerecht werden. „Stillstand als ‚Erhalt‘ zu verkaufen, ist keine zukunftsgerichtete Bildungspolitik“, betont

Katja Lauterbach. „Wir brauchen Entwicklung, Vielfalt und echte Wahlmöglichkeiten – auch vor dem Hintergrund, dass unklar ist, ob Hanau künftig dauerhaft Schülerinnen und Schüler aus dem Umland an seinen Gymnasien aufnehmen wird.“

Die FDP Main-Kinzig fordert SPD und CDU daher auf, den politischen Schlagabtausch zu beenden und gemeinsam mit Eltern, Schulgemeinden, Kommunen und dem Bildungsministerium tragfähige Lösungen für den Schulstandort Bruchköbel zu erarbeiten. Auch die notwendige Sanierung des Schulgebäudes steht für die FDP außer Frage. Bildungspolitik braucht Sachlichkeit, Dialog und einen klaren Fokus auf die Zukunftschancen junger Menschen – nicht parteipolitische Profilierung.